

E 7001(C)1975/63/14
[DoDiS-30438]

*Der schweizerische Botschafter in Washington, A. R. Lindt,
an die schweizerische Botschafterkonferenz*

VORTRAG¹

[Bern, 25. Januar 1962]

Im Allgemeinen wird die Unabhängigkeit der Schweiz von den Amerikanern als eine feststehende Tatsache anerkannt. Die Administration Kennedy ist von der Simplifizierung des Staatssekretärs Dulles abgegangen, wonach die Welt in schwarze und weisse Schafe zu teilen sei. Die neue amerikanische Regierung hält jedes Staatswesen für wertvoll, das im Vertrauen auf sich selbst seine Probleme zu lösen versteht, politisch stabil ist und seine Unabhängigkeit wahrt. Von ihm wird nicht verlangt, dass es sich in die amerikanischen Bündnissysteme eingliedert. Die blossе Existenz der neutralen Schweiz gilt deshalb als ein nützliches Element in der Völkergemeinschaft.

Die positiven Aspekte der schweizerischen Neutralität sind heute in Amerika bekannter geworden. Dass die Schweiz unter schwierigen Umständen die Vertretung der amerikanischen Interessen in Kuba übernahm, hat mehr zum

1. Für eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Konferenz, die vom 25. bis zum 27. Januar 1962 dauerte, vgl. Nr. 42 in diesem Band. Für weitere Beiträge vgl. z. B. das Einführungsvotum von Herrn Bundesrat Dr. F. Wahlen an der Botschaftskonferenz vom 25./27. Januar 1962 vom 25. Januar 1962 (DoDiS-30170), das Referat von Herrn Botschafter E. Stopper über die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Probleme, die sich für die Schweiz im Zusammenhang mit einer Assoziation mit der EWG stellen vom 25. Januar 1962 (DoDiS-30171), das Kurzreferat von P. R. Jolles zum Genfer Memorandum vom 12. Oktober 1961 vom 25. Januar 1962 (DoDiS-30175) oder das Exposé Position de la Suisse dans les organisations économiques internationales autres que la CEE von O. Long vom 26. Januar 1962 (DoDiS-30177).



Verständnis der guten Dienste der Schweiz beigetragen, als alle theoretischen Ausführungen. Auch die Rolle des Vermittlers, die der Neutrale besonders gut zu erfüllen vermag, ist dadurch verlebendigt worden, dass die Schweiz die Ziehung des Bindestriches zwischen Frankreich und GPRA ermöglichte.

Der schweizerischen Neutralität droht gegenwärtig weder von der amerikanischen Regierung noch von der amerikanischen öffentlichen Meinung her eine Gefahr. Eine Bedrohung scheint mir von der Schweiz her auszugehen. Es gibt in den USA nicht sehr viele Personen, die schweizerische Zeitungen lesen. Diejenigen, die es tun, fragen sich, ob die ausgeprägte anti-russische Haltung der schweizerischen Öffentlichkeit die Rolle der Schweiz als Vermittler nicht untergraben könne. Die Forderung eines Teils der schweizerischen öffentlichen Meinung nach einer radikalen Unterbrechung aller wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Osten erscheint ihnen verwunderlich. Nachdem seit Jahren der McCarthyismus in Amerika abgeflaut ist, bedauern die Amerikaner sein Wiederaufleben in der Schweiz. Obschon sie den Unterschied zwischen der Neutralität als Staatspolitik und Gesinnungsneutralität, deren Ablehnung durchaus verstanden wird, begreifen, fragen sie sich doch, ob die grosse Kluft, die sich zwischen öffentlicher Meinung und der Aussenpolitik der Eidgenossenschaft öffnet, nicht gefährlich werden könnte. Erschwert sie nicht die Erfüllung der schweizerischen Vermittlerrolle? Wird dadurch nicht das grosse Ansehen gefährdet, das die Schweiz als unbedingt unabhängiger und unbedingt neutraler Staat geniesst, der sein internationales Versprechen, ständig neutral zu bleiben, einholt? Dieses Ansehen ist grösser als dasjenige der kleinen Verbündeten Amerikas.

Ein schweizerischer Besucher vertrat dem grossen Journalisten Walter Lippman gegenüber die Auffassung, die schweizerische Neutralität sei zu einen Papiertiger geworden. Tatsächlich stünde die Schweiz heute auf der Seite Amerikas. Lippman antwortete darauf scharf: «Wenn das tatsächlich so wäre, habe ich kein Interesse weder an der Schweiz noch an der schweizerischen Neutralität.»

Die amerikanische Regierung ist zur Auffassung gelangt, dass im Atomzeitalter das Wort des Generals Clausewitz «der Krieg ist die Fortsetzung der Diplomatie mit andern Mitteln» zum ersten Mal seine Geltung verloren hat. Aus Selbsterhaltungstrieb einen Krieg zu führen, der zur Selbstzerstörung führt, ist widersinnig geworden. Um aber den Krieg zu vermeiden, hält Washington die Aufrechterhaltung und sogar die Vertiefung der Beziehungen mit dem Osten für notwendig. Das Ziel ist die Erreichung eines *modus vivendi*. Kennedy selbst hat verschiedentlich gesagt, dass beide – Westen wie Osten – Konzessionen zu machen haben werden, die für beide annehmbar sind. Die Verhältnisse in Russland werden nicht als statisch betrachtet. Auch der Kommunismus unterliegt nach amerikanischer Auffassung den politischen Entwicklungsgesetzen. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass sich bei einzelnen kommunistischen Satelliten in Zukunft die Tendenz steigern könnte, wiederum den Anschluss an Europa zu suchen. Dies verlangt aber das Bestehen einer Brücke, wie sie die europäischen Neutralen darstellen. Die Annäherung würde verunmöglicht, wenn Westeuropa einzig aus einem gegen Osten gerichteten Bollwerk der Vereinigten Staaten bestehen würde.